

Hans Jöchen Brauns/Urs Jaeggi/Klaus Peter Kisker/Axel Zerdick/Burkhard Zimmermann, Die SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945 (= Texte zur politischen Theorie und Praxis; Fischer Taschenbücher 6518), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1976, 406 S., kart., 12,80 DM.

Die Autoren des umfänglichen Taschenbuchs, sämtlich an Berliner Hochschulen lehrende SPD-Mitglieder, möchten mit ihm vor allem einen praktisch-politischen »Diskussionsbeitrag« zur weiteren Politik der SPD liefern.

Es liegt daher nahe, zunächst die zentralen Thesen und Perspektiven des Buches deutlich zu machen: Nach ihnen sucht die SPD »die Interessen des Kapitals ebenso wie die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten«, was »bei zunehmender Verschärfung der ökonomischen Krise scheitern muß«; dies sei gegenwärtig das Schicksal der sozialdemokratischen Reformpolitik (S. 7f.). Immer wieder seit 1945, so suchen die Autoren zu zeigen, habe sich die Partei theoretisch wie praktisch versagt, sich allein auf die Interessen der Arbeiterklasse auszurichten und »den Sozialismus« bzw. wenigstens Zwischenschritte zu ihm zu erkämpfen. Wenn der SPD auch zuweilen partiell richtige (z. B. antimonopolistische) Tendenzen attestiert und ihre linken Minderheitsströmungen in der Darstellung berücksichtigt werden, gilt sie den Autoren doch »seit 1914 als Partei der Bewahrung bürgerlicher Ideologien in der Arbeiterklasse«, als eine Partei, die freilich »noch« Lohnabhängige an sich binde und daher politische Arbeit in ihr notwendig erscheinen lasse (S. 312, 315).

In derartigen Perspektiven und Formulierungen sowie in der übrigen Begrifflichkeit wird – trotz gelegentlicher Differenzierungsansätze – ein holzgeschnittener, grobflächiger »Marxismus« sichtbar, der das ganze Buch durchzieht. Er ist charakterisiert durch einfache antagonistische bzw. dichotomische Gegenüberstellungen, etwa die von monopolistischem Kapital und Arbeiterklasse oder die von »bürgerlicher Ideologie und der Ideologie der Arbeiterklasse« (S. 227); durch das Schema von den »objektiven« Interessen (z. B. S. 171); durch eine Vorstellung von »dem Sozialismus«, die ihn lediglich als Aufhebung der Lohnarbeit faßt (S. 64, 70); durch die von Fülberth/Harrer übernommene, historisch unzutreffende Definition von »Revisionismus« (S. 11).

Zur Position des Buches gehört schließlich noch die als Alternative geforderte »konsequent fortschrittliche Politik«, als deren Elemente vor allem eine harte Klassenvertretung, eine Beendigung parlamentarischer »Illusionen« und wesentlich parlamentarischer Politik (z. B. S. 83, 75) sowie der Abbau von Antikommunismus und die Perspektive der Aktionseinheit (z. B. S. 316 ff.) hervortreten. Die Autoren deuten selbst an, daß eine Politik in ihrem Sinne wohl zur Regierungsunfähigkeit der SPD (wenn auch nur unter heutigem Bewußtseinsstand) führen müßte (S. 7); Faktoren, die dem entgegenstehen, werden – abgesehen vom Glauben an ein einmal doch durchbrechendes Klassenbewußtsein – nicht genannt. Was somit als Ausweg aus der »Krise« der SPD angeboten wird, sind der Bruch mit Grundentscheidungen des Godesberger Programms und der sichere Abmarsch in eine Grundsatzopposition gegen den »bürgerlichen« Staat.

Der Charakter eines primär politisch gemeinten Diskussionsbeitrages hat das Autorenkollektiv immerhin nicht davon abgehalten, seinen Ausführungen eine recht breite Materialbasis zugrunde zu legen und sich um einen sorgfältigen Nachweis zu bemühen. Indem über partei- und sozialgeschichtliche Literatur hinaus SPD-Jahrbücher und Parteitagsprotokolle, Zeitschriften wie Die Neue Gesellschaft, Berliner Blätter, Gewerkschaftliche Monatshefte und die alte Sozialistische Politik, ferner Dokumentationen wie die Flechtheims und Keesings Archiv herangezogen sind, gelingt es, trotz des weitgespannten Gegenstands über eine reine Sekundäranalyse hinauszukommen. Freilich handelt es sich durchweg um bereits publiziertes Material, so daß das Buch dem mit der SPD-Entwicklung Vertrauten kaum wesentlich Neues an Information vermitteln kann. Doch

Menge und Dichte der ausgebreiteten Information machen es lesenswert und dürften ihm einen breiten Leserkreis auch über den Bereich derer hinaus sichern, die von den Thesen des Buches überzeugt sind.

Leider finden sich im Text auch freischwebende, meist vage formulierte Behauptungen, die als solche vom Durchschnittsleser kaum erkannt werden können. Beispiele hierfür sind u. a. die Behauptungen,

- Schumacher und »viele Sozialdemokraten« hätten nach 1945 die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration ausgeschlossen (S. 62);
- die SPD sei vor 1948 für eine Planwirtschaft eingetreten, welche Konsumfreiheit ausgeschlossen hätte (S. 69);
- kommunale Finanznot habe seit Mitte der fünfziger Jahre in enger Verbindung mit Rüstungs- und Notstandspolitik gestanden (S. 223).

Zu begrüßen ist der vorgenommene Versuch einer systematischen Einbeziehung sozio-ökonomischer Entwicklungen in die Parteianalyse. Dieser Versuch wird sichtbar bereits in der – übersichtlichen und konsequenten – Gliederung des Bandes, die ihn zunächst in vier chronologische Hauptabschnitte (1945–49, 1950–66, ab 1966, gegenwärtige Situation) unterteilt, welche ihrerseits jeweils ein Kapitel zur ökonomischen Entwicklung, eines zur »Lage der Arbeiterklasse« (unter Einbeziehung des Faktors Bewußtsein) sowie eines zur eigentlichen Parteientwicklung enthält. Eine Integration der drei Betrachtungsebenen ist jedoch nicht erreicht worden, im wesentlichen laufen die drei Stränge der Darstellung nebeneinander her. Dies hat zur Folge, daß die an der ökonomischen Entwicklung ausgerichtete Abschnittsgliederung (die nicht 1959/60 und nicht 1969 Einschnitte vornimmt, wie es die parteiliche Entwicklung eher nahelegt) nicht völlig überzeugen kann.

Alles in allem ein Buch, das sich der nicht mehr ganz kurzen Reihe der Darstellungen der Nachkriegs-SPD hinzugesellt, welche von linker Grundsatzkritik an ihrem Gegenstand geprägt sind (Pirker, Narr, Hofschien, v. Freyberg u. a.). Es dürfte gerade auch dank seines zweifellos auch vorhandenen Informationsgehalts im Sinne seiner Autoren wirken, wenn auch doch wohl nur im universitären Bereich.

Wolfgang Rudzio

Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, hrsg. von Ferdi Breidbach und Rüdiger May, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1975, 326 S., Ln., 34 DM.

Zweck des Buches ist eine apologetische Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Öffentlichkeit, die Sozialausschüsse seien keine wirkungsvollen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen in der CDU/CSU: also ein politischer und kein wissenschaftlicher Zweck. Dementsprechend sind Autoren und Beiträge ausgewählt, die sich in drei Gruppen einteilen lassen: 1) die prominenten Parteiführer und MdB, u. a. H. Kohl, K. Carstens, F. J. Strauß, R. Barzel, J. Klein, H. Köhler, G. Kuhn, A. Müller, M. Wissmann, G. Tandler, N. Blüm und F. Breidbach; 2) Funktionäre der Sozialausschüsse oder mit sozialen Fragen beschäftigte Fraktionsangestellte, z. B. H. Enneper, W. Koppers, R. Lindemann und E. Müller-Steineck, und 3) schließlich einige Wissenschaftler und Publizisten, so H. Kaltefleiter, E. Dall'Asta, O. von Nell-Breuning und H.-W. Hartelt.

Der Tenor der Beiträge kann je nach ideologischem Standort des Autors klassifiziert werden. *H. Kohl* stellt in knappen Zügen sein Konzept der Volkspartei in integrativer und ideologisch mediatisierender Zielsetzung dar. *Strauß* propagiert im Grunde dasselbe. Auf das im Einleitungsaufsatz von *R. May* angeschnittene Problem der Position der Sozialausschüsse gehen beide nicht ein und können dies auch nicht, da sie ihre Verwendung des Begriffes »Integration« nicht darlegen. *Köhler* expliziert im gleichen Sinn katalogartig die Einzelbestimmungen einer Volkspartei: Konservativ sei sie in Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft – die ja an sich liberal sein soll –, liberal gegenüber der Öffnung